

## Kosovo: Die Situation zweier Narrative

CHRISTIAN SCHNEIDER, HENRIQUE SCHNEIDER (Zürich)

Bajram REXHEPI, Ramush HARADINAJ, Bajram KOSUMI, Agim ÇEKU und Hashim THAÇI: alle fünf kosovarischen Premierminister haben eine Vergangenheit in der UÇK (Ushtria Çlirimtare e Kosovës, kosovarische Befreiungsarmee) oder positionieren sich zumindest im Zusammenhang mit ihr. Damit rechtfertigen sie ihren politischen Anspruch und Führungstätigkeit. Alle fünf betonen immer und bei wiederholten Gelegenheiten, dass sie als Kämpfer Politiker wurden. Freilich bekennen sie sich zum Primat der Politik und legten die Uniform nach dem Krieg 1999 sofort ab, doch das hindert sie nicht daran, ihre Legitimation sowie ihre weiterhin bestehenden politischen Ansprüche aus ihrer Vergangenheit abzuleiten.

Deutlich wird dies bei der Frage, welche relevante Erfahrung diese politischen Figuren vor dem Krieg gemacht hatten, beziehungsweise ob und wie sie die Techniken erlernt hätten, mit denen sie heute einen Staat erfolgreich leiten könnten. Im Gespräch mit sowohl Angehörigen der *classe politique*, wie auch mit Bürgern kommt unweigerlich die Antwort, dass die in Frage kommende politische Figur, neben einer allfälligen Ausbildung, UÇK-Kämpfer war. Die Vergangenheit des Staatsmannes wird selten kritisch durchleuchtet, wenn auf seine kombattante Biographie hingewiesen wird. In umgekehrter Richtung, bei politischen Streitigkeiten, wird die Legitimierung eines Anführers angezweifelt, indem seine Mitwirkung bei der UÇK in Frage gestellt wird, was beispielsweise bei Kosumi<sup>1</sup> und Thaçi der Fall war oder ist.

Auch die sich selbst nennenden „zivilen“ Politiker oder jene, die sich als politische Erben von Ibrahim RUGOVA verstehen, betonen entweder absichtlich oder nicht, dass auch sie eine Legitimation aus dem Krieg haben. Rugova selber, als Präsident, leitete seinen Anspruch auf jenes Amt zwar aus seiner langjährigen Führung der kosovarischen Albaner ab, doch er erhob ebenfalls den Anspruch, den Krieg gegen Serbien deklariert zu haben. Er sei – so seine Erklärungen – derjenige, welcher in einem Interview mit dem *Spiegel* am 26. Juni 1989 die Frage des Journalisten, ob die Albaner die Partner der Serben wären, antwortete: „nein, wir sind der Feind“ (GASHI 2010).

Diesen Geschichten zum Trotz und im vermeintlichen Widerspruch zu ihnen, scheint sich auf der lokalen, subkommunalen Ebene ein anderes Narrativ zu etablieren. Befragt man in verschiedenen Dörfern – welche in formell-gesetzlicher Hinsicht nicht existieren<sup>2</sup> – ihre Amtsträger, so scheint es keine Rolle zu spielen, ob diese

- 1 KOSUMI war zwar kein Aktiver in der UÇK, doch er selbst verweist auf seine Unterstützung des Befreiungskrieges und auf seine Anwesenheit im Rambouillet im Gefolge des UÇK-Anführers Ramush HARADINAJ.
- 2 Kosovarische Staatsverfassung Art. 12; Gesetz Nr. 03/L-040 „On Local Self Government“ und Gesetz Nr. 03/L-072 „On Local Elections in the Republic of Kosovo“. Alle Gesetze im Kosovo erscheinen gleichberechtigt auf Albanisch, Serbisch und Englisch. Diese und weitere Bezüge darauf beziehen sich auf die Texte auf Englisch. Sie gelten in Verbindung mit

selbst in der UÇK tätig waren oder nicht. Auf dieser Ebene scheinen andere Qualitäten ausschlaggebend zu sein, so unter anderem die Zugehörigkeit zu einer altansässigen Familie, die Autorität innerhalb dieser, das Netzwerk im Dorf und über seine Grenzen hinaus.

Im alltäglichen Sprachgebrauch distanziert sich das Narrativ des Dorfes mit seinen Amtsträgern (oft in Form von Vorständen) deutlich von der nationalen Politik, welche auch „hohe Strukturen“ genannt wird. Wie ist beides zu erklären? Warum scheint die Zugehörigkeit zur UÇK eine politische Legitimationsfunktion auf nationaler Ebene zu haben und gleichzeitig auf subkommunaler keine Bedeutung zu genießen? Warum ist das Dorf, das es de facto gibt und das politisch verwaltet wird, nicht Teil der de jure Rechtsordnung? Und weshalb versteht sich das Dorf auch nicht als Teil dieses gesamtstaatlichen Entscheidungsrahmens? Gibt es eine Konkurrenz zwischen dem Kriegsnarrativ einerseits und dem Dörflichen andererseits?

Mit der Unabhängigkeitserklärung vom 17. Februar 2008 hat sich das Kosovo als eigenständiger Staat etabliert. Wie in jedem modernen Staat, berufen sich die politischen Akteure auf die rechtsstaatliche Verfasstheit ihres Staates und auf die demokratischen Prozeduren ihrer Amtseinsetzung um ihren politischen Herrschaftsanspruch zu rechtfertigen. Wie die hier dargestellte Diskrepanz zwischen der Legitimierung der „hohen“ Politik und der dörflichen Machtstruktur zeigt, sind neben den – für den im modernen Staat sozialisierten Beobachter – normal erscheinenden und im WEBER'schen Sinne rationalen Legitimierungsnarrativ (WEBER 1995, Teil 1, Kapitel 1, §16) im Kosovo noch zwei weitere Legitimationsnarrative aktiv.

Dies ist keine ungewöhnliche Beobachtung. Auch in den etablierten Demokratien Westeuropas und Nordamerikas lassen sich jenseits rationaler Legitimierungsnarrative weitere Narrative erkennen, die zur Rechtfertigung von Herrschaftsansprüchen herangezogen werden können und auch werden. Die Legitimierungsnarrative im Kosovo unterscheiden sich jedoch in zwei Hinsichten von diesen Narrativen. Erstens hat sich im Kosovo ein Legitimierungsnarrativ erhalten, das auf dem europäischen Kontinent nicht mehr als anerkennungswürdig erschien: die Legitimierung durch die Teilnahme an einem Befreiungskrieg. Zweitens, und für diese Untersuchung wichtiger, scheinen sich die politischen Sphären im Kosovo in einer Weise aufgeteilt zu haben, so dass die politische Legitimierung nicht auf allen gesellschaftlichen Aggregationsstufen mit den gleichen Narrativen gleichzeitig möglich ist. Das Narrativ des Kriegshelden, welches auf nationaler politischer Ebene als unverzichtbar erscheint, findet sich auf der Ebene des Dorfes nicht wieder.

### 1. Anliegen und Methode

Im Folgenden werden zwei Sachverhalte kontrastiert. Zum einen wird die Rolle des Kriegsnarrativs in der Legitimierung politischer Macht untersucht. Insbesondere soll die These vertreten werden, dass nur solche Akteure, welche auf eine kriegerische Vergangenheit hinweisen können und sie erfolgreich mit ihren politischen Zielsetzungen verbinden können, einen Platz in der nationalen Entscheidungsfindung ha-

dem "Framework for Reform of Local Self Government", UNMIK Administrative Direction 2005/11 und Administrative Instruction 2006/2.

ben. Die Unterordnung des Politischen unter dem Kriegsnarrativ umfasst alle exekutiven und legislativen Teilgewalten und selbst jene Kräfte, die sich als „zivile“ Kräfte ausgeben.

Auf sublokaler, dörflicher, Ebene hingegen, scheint das Kriegsnarrativ für die politische Legitimation weniger bedeutend zu sein. Dies hat diverse Gründe, so die Argumentation hier. Erstens verwalten sich Dörfer weitab nationaler Institutionen; ihre Regierungsferne ist weiterhin ein zentrales Moment. Zweitens sind die auf sublokaler Ebene funktionierenden Netzwerke ähnlich wie jene, welche vor dem Kriege bereits funktionierten und in denen der UÇK und der internationalen Präsenzen kaum Bedeutung zukam. Drittens wird das Dorf von den formellen Institutionen derart marginalisiert, dass viele es für unwesentlich halten und nicht darin politisieren möchten.

Das hier unterstellte Modell ist jenes der „kollusiven Lüge“<sup>3</sup>, d.h. gegen außen fügt sich die Gesellschaft einer Ordnung, welche sie im Inneren nicht einhält. Genauer gesagt, der Gesellschaft wurde eine Ordnung gegeben – von den verschiedenen internationalen Präsenzen –, welche im Lokalen nur oberflächlich angenommen wird. Dieser „organisatorische Mantel“ wird im Inneren der Gesellschaft – und so, dass die Ordnunggebenden es nicht merken – umgedeutet, umfunktioniert oder unterhöhlt.

Im Kosovo bedeutet dies unter anderem, dass die von außen auferlegte Ordnung auf nationaler und kommunaler Ebene, inklusive die Zweiteilung der Verwaltungseinheiten in landesweit (Zentralregierung) und kommunal (Municipalities), auf dörflicher Ebene umgangen wird. In den dörflichen Strukturen übernehmen „Dorfvorstände“ die Rolle der Exekutive und oft auch der Judikative, ohne dass dies als Bruch mit der offiziellen Ordnung empfunden wird. Das Kosovo kennt de jure die Verwaltungseinheit des Dorfes nicht, dennoch etablierten sich dort Verwaltungsorgane, welche sich ihrerseits einen organisierten Mantel geben, indem sie die Nähe zu den formellen de jure Strukturen suchen. Auf dieser lokalen Stufe ist nicht die Zugehörigkeit zur UÇK wichtig, sondern vielmehr die traditionellen Strukturen des Dorfes.

Für den ersten Teil dieses Artikels wird auf die allgemein zugänglichen Quellen sowie auf die in Presse und Communiqués herausgegebenen Meldungen der politi-

3 Vgl. Fredrick G. BAILEY: *The Prevalence of Deceit*. Ithaca 1991, 34f. und “Anthropologists today see ‘culture’ as reproduced, constructed in social interaction. It is not so much received ready made from the past as it is a fund of meaningful forms [...] that actors can deploy or invoke or ignore according to their interests in defining situations. ‘Reality’ is constructed piecemeal, as people engage socially (BARTH 1993). In this interactive process people may even deliberately, consciously, construct a ‘reality’ that no one believes in – what Frederick G. Bailey calls a ‘collusive lie’ (1991: 34, 35). Collusive lies are the public conventions that groups agree with, for whatever reason, whether or not everyone agrees with them or is wholly committed to them. In such cases, individuals have particular reasons for joining the collusion; collusive lies are merely negotiated agreements for practical purposes. Underneath the conventions that collectivities agree to comply with are individual understandings and private motives. This situation allows individuals to have agendas that are concealed in the public interaction” (Robert CANFIELD: “Trouble in Birgilich”, in: Jeff Sahadeo, Russel Zanca (eds): *Everyday Life in Central Asia*. Bloomington und Indianapolis 2007, 58–83, 58).

schen Parteien und Akteuren zurückgegriffen. Nach HABERMAS (1973) ist die politische Sprache die erste und beste Quelle für das politische Narrativ, d.h. für die Überprüfung dessen, was semantisch-symbolisch Macht legitimiert. Für den zweiten Teil sind Interviews in den Dörfern Mushtisht/Mušutište (Municipality Suharekë/Suva Reka – für die Begriffsbestimmung siehe weiter unten) wie auch in Rastavica (alb./serb.) (Municipality Junik (alb./serb.)) und Sopina (alb./serb.) (Suharekë) durchgeführt worden. Der historische Ursprung der Dorfvorstände wird anhand historischer Forschung nachgezeichnet<sup>4</sup>.

## 2. Top-Down: das Kriegsnarrativ als Legitimation

### 2.1. Legitimationsnarrativ, Eliten und Klientelismus

Akademische und seriöse außerakademische Forschung zum politischen Narrativ im Kosovo sind noch nicht weit verbreitet; sie steht immer noch im Schatten eines allgemeinen Interessens für den Krieg, die interethnischen Spannungen, die Rolle der UNMIK (und der Internationalen Präsenzen) und die Migration. Im Jahr 2007 veröffentlichte das „German Law Journal“ eine Sondernummer, welche dem Kosovo gewidmet war. Darin wurden vor allem völkerrechtliche Ansätze im Lichte einer bald nahenden Unabhängigkeit diskutiert, doch im Aufsatz von Bernhard KNOLL „Legitimacy and UN Administration of Territory“ (2007) wurde auch den Zustand der politischen Meinungsbildung analysiert.

In diesem Aufsatz vertritt Knoll die, ebenfalls in der seriösen Presse vertretene, Meinung, dass die UNMIK auf die Stabilität des Landes fokussiert jene lokale Netzwerke unterstützte – d.h. politisch bedeutend machte –, die in der Lage waren, als Stabilisatoren zu fungieren. Sylë UKSHINI sagt dies, wenn auch etwas versteckt, bereits 2001 in seinem Buch „Kosova dhe Perëndimi“ (Kosovo und der Westen) voraus. Wie Knoll sieht er die UÇK als für die Rolle des Machthabers prädestiniert, denn nur sie verfügte über die Ausdehnung und die Disziplin, das Land und seine Bevölkerung zu leiten. Mit dieser Theorie zusammen geht oft die Hypothese der kriminellen post-Kriegsfinanzierung, sehr früh und prominent unter anderem von Beate ANDREES vertreten (2001). Diese besagt, dass jene Machtstabilisatoren ihre Position ausgenützten, sich selbst mit kriminellen Mitteln zu finanzieren.

In der englischsprachigen Welt nimmt Oisin TANSEY eine führende Rolle in der Forschung der Demokratisierung des Kosovo ein. In den Aufsätzen „Democratization Without a State: Democratic Regime-Building in Kosovo“ (2007) und „Kosovo: Independence and Tutelage“ (2009) analysiert er vor allem die Demokratieverluste, welche durch das UNMIK-Protectorat generiert wurden. Diese können anhand zweier Charakterzüge illustriert werden. Zum einen sah das UNMIK-System keine Eigenverantwortung der kosovoalbanischen Politik vor, was wiederum bedeutet, dass sie bereit war, die Interessen des Landes zu Gunsten der Eigeninteressen der UNMIK zu opfern und dadurch ihre persönlichen Interessen zu fördern. Zum anderen verhinderte die UNMIK mit Hilfe der kosovoalbanischen politischen Elite das Heranwachsen neuer politischer Figuren, denn der allgemein akzeptierte Zusammenhang

4 Im Folgenden wird bei Erstnennung von Ortschaften der Name (albanisch/serbisch) angegeben. Bei wiederholter Nennung hingegen nur die albanische Form.

war, dass eine Erhöhung der politischen Heterogenität die Wahrscheinlichkeit des Auftritts von Destabilisatoren ebenfalls erhöht.

Sherill STROSCHEN geht auf die Theorie der Netzwerke zurück, um zu erklären, warum nur ein Netzwerk, die UÇK, nach dem Krieg die Macht an sich ziehen konnte. In ihrem im Jahr 2008 erschienenen Aufsatz "Making or Breaking Kosovo: Applications of Dispersed State Control" ist die Erklärung dafür einfach, nämlich die UÇK war nach dem Krieg das einzig landesweit funktionierende Netzwerk.

Im ersten Teil dieses Artikels wird entlang diesen Forschungslinien das Kriegsnarrativ als primäre Legitimation von politischen Ansprüchen dargestellt. Ein erster Überblick über die regulatorische Umwelt soll dieses Ziel einleiten. Das Kosovo verfügt spätestens nach seiner Unabhängigkeit über eine eigenständige und nach Maßgabe der Gleichen neutralen Wertordnung in Form einer Verfassung<sup>5</sup> – und verfügte seit dem Ende des Krieges 1999 eine durch die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) erlassene ähnliche Ordnung<sup>6</sup> –, welche keine Gruppe aufgrund ihres Bekenntnisses oder ihrer Vergangenheit bevorzugt<sup>7</sup>.

Die nun gültige Verfassung – welche die grundlegenden Regelungen der UNMIK betreffend des Staatsaufbaus und der Regelbarkeit übernimmt – definiert das Kosovo entlang den üblichen liberal-demokratischen Leitlinien als parlamentarisches System mit einer Kammer (Kapitel IV) mit einem vom Parlament gewählten Premierminister (Kapitel VI) sowie einem ebenso gewählten Präsidenten (Kapitel V); sie verankert die Gewaltenteilung (Art. 4), regelt das universelle und geheime Wahlrecht (Art. 45) und teilt das Land in Verwaltungseinheiten (Kapitel X) ein. Neben der zentralstaatlichen Regierung mit einem Parlament bestehen 31 Verwaltungsbezirke<sup>8</sup> oder Großgemeinden (fortan: Municipalities) mit je einem gewählten Bürgermeister und einem unterschiedlich großen und lokal gewählten Bezirks- oder Gemeinderat (fortan: Rat der Municipality). Das kosovarische Parlament hat seit der Unabhängigkeit diverse Gesetze bezüglich "good governance" und internen Verwaltungsabläufen verabschiedet, welche Korruption minimieren und die Effektivität des Staates maximieren sollen.

Somit ist das Kosovo formell eine parlamentarische Demokratie europäischer Art mit den notwendigen Institutionen und Prozessen, welche eine Partizipation möglichst breiter Bevölkerungsanteile garantiert. Dennoch scheint sich die Intuition zu bewähren, dass eine spezifische Eigenschaft notwendig ist, um im Nachkriegskosovo politisch erfolgreich zu sein, nämlich die ehemalige Zugehörigkeit zur UÇK. Es handelt sich mehr als bloß die eingangs anekdotisch erwähnte Abfolge der Premierminister, sondern um die systematische, aber selbstredend nicht juristisch verankerte, Besetzung politischer Ämter auf nationaler Ebene mit sogenannten „Kriegsveteranen“.

5 Kosovarische Staatsverfassung, "Constitution of the Republic of Kosovo" vom 15. Juni 2008.

6 UNMIK Regulation UNMIK/REG/1999/1 vom 25. Juli 1999 "ON THE AUTHORITY OF THE INTERIM ADMINISTRATION IN KOSOVO".

7 Die Minderheitenfrage soll hier explizit ausgeklammert werden.

8 Diese Zahl verändert sich aufgrund der „Dezentralisierung“, d.h. der Bildung neuer Municipalities.

Wie lässt sich dieser Zustand erklären? Drei theoretische Konzepte der Politikwissenschaft können den nötigen Bezugsrahmen hierfür schaffen: Legitimität, Elite und Klientelismus. Diese Begriffe bilden zwar per se keine Theorie bzw. sie stellen kein politikwissenschaftliches Modell dar, doch mit ihrer Hilfe lässt sich die Argumentation für den Begriff der „kollusiven Lüge“ aufbauen.

LIPSET definiert Legitimität als die Fähigkeit des Systems, die Überzeugung herzustellen und aufrechtzuerhalten, dass die existierenden politischen Institutionen für eine Gesellschaft am angemessensten sind (LIPSET 1960: 64). Legitimität kann sich auf den Anspruch einer politischen oder gesellschaftlichen Ordnung beziehen, auf den Legitimitätsglauben der Herrschaftsunterworfenen oder auf beides zugleich und in Wechselwirkung zueinander (LIPSET 1960: 68). Während das Erste auf den normativen Bezug der Legitimität hinweist, ist das Zweite ein empirisches Datum: eine Ordnung wird als legitim anerkannt. Der normative Gehalt orientiert sich an entsprechende Ideenhorizonte – meist Freiheit und Gleichheit –, welche als inhärent angesehen werden. In den derzeit verbreiteten politischen Diskursen ist diese gegeben, wenn die Rechtmäßigkeit einer politischen Ordnung die Wahrung bestimmter Prinzipien garantiert und diese Ordnung verallgemeinerungswürdige Interessen in den gesetzten Normen zum Ausdruck bringen (vgl. HABERMAS 1973).

In seiner empirischen Dimension kann der Begriff Legitimität in zwei Hinsichten nur als ein dynamisches Konzept verstanden werden. Erstens basiert politische Legitimität im empirischen Sinne auf der wechselseitigen Beziehung von Rechtfertigung politischer Herrschaft und ihrer Anerkennung (COICAUD 2002: 10). Diese Wechselseitigkeit macht Legitimation zu einem permanent prekären politischen Unternehmen. Auf jede Veränderung in der Basis von Rechtfertigung und Anerkennung muss eine Veränderung in der jeweils anderen Dimension folgen, ohne diese kann ein politischer Herrschaftsanspruch nicht aufrechterhalten werden<sup>9</sup>. Welche und wessen Herrschaftsansprüche sich letztendlich als legitim erweisen bestimmen jene, die dieser Herrschaft unterworfen sind. Legitimität lässt sich nicht exogen festlegen, sondern wird von Gesellschaften endogen in Aushandlungsprozessen bestimmt. Um mit einer Metapher CLARKS (2003: 29) zu sprechen: Legitimität ist für eine Gesellschaft was für Geographen der Meridian von Greenwich ist. Für jene, die ihn nicht als Nullpunkt des Koordinatensystems akzeptieren, hat er keine besondere Bedeutung, weil er nicht exogen als solcher bestimmbar ist. Legitimität basiert letztendlich auf dem gesellschaftlichen Konsens, Herrschaftsansprüche anzuerkennen.

Am deutlichsten hat HABERMAS (1992) diese Idee ausformuliert. Habermas argumentiert, dass politische Legitimität nur entstehen kann, wo politische Entscheide in einem prozedural fairen und für alle offenstehenden Diskurs getroffen werden und alleinig durch den „zwanglosen Zwang des besten Arguments“ bestimmt werden. Prekärer kann die Legitimitätsbeziehung zwischen politische Macht Ausübenden und den ihnen Unterworfenen nicht gestaltet werden. Zugleich verweist die Idee Habermas' aber auch auf die Möglichkeit, dass Legitimität nicht zwingend allumfassend

9 Es sei denn, er wird mit Zwangsgewalt oder anderen Repressalien erzwungen. In diesem Falle ist es jedoch fraglich, ob auch jenseits von normativen Kriterien überhaupt noch von legitimer Herrschaft gesprochen werden kann.

sein muss. Diskurse über politische Entscheidungen können nebeneinander existieren, sich überlagern oder einander vor- bzw. nachgelagert sein. Überall dort, wo es von Entscheidungen Betroffene gibt, stellt sich die Frage nach Rechtfertigung von politischer Herrschaft und Akzeptanz durch die Betroffenen. Solche Diskurse müssen demnach nicht inhaltlich kohärent sein. Legitimität entsteht durch die prozedurale Ordnung von politischen Diskursen, denen die von einer Entscheidung betroffenen zustimmen können.

Zweitens hat Weber gezeigt, dass sich politische Legitimität nicht nur aus der Einhaltung rechtsstaatlicher Prozeduren speisen, sondern auch nicht direkt rational nachvollziehbare Ursprünge haben kann (WEBER 1985: §16). Neben dem Typus der rationalen – auf verschriftlichten Rechtsnormen basierenden – Legitimität unterscheidet Weber noch zwei weitere Typen des Legitimitätserwerbs: den charismatischen Typus und den traditionellen Typus. Wie ihre Benennungen durch Weber bereits andeuten, basiert sich politische Legitimität dieser Typen auf die Persönlichkeitsmerkmale desjenigen, der einen Herrschaftsanspruch gelten macht bzw. auf die Anerkennung der Heiligkeit althergebrachten Herrschaftsformen.

Auch wenn Weber diese Typen als von sich gegeneinander abgrenzenden Herrschaftsansprüchen gedacht hat, ist es nicht zwingend, dass sich verschiedene Typen der Legitimation gegenseitig ausschließen. Dies ist die zweite dynamische Komponente eines empirischen Legitimitätsbegriffs: der Herrschaftsanspruch (und auch seine gesellschaftliche Akzeptanz) ist nicht zwingend auf einer Legitimationsquelle basiert, sondern kann mehrere Quellen gleichzeitig umfassen, die sich im historischen Verlauf in ihrer Relevanz für die Rechtfertigung politischer Herrschaft gegenseitig ablösen und nebeneinander existieren können.

Für die hier untersuchte Frage gibt die Annahme eines extern und intern dynamisch verfassten Legitimitätsbegriffs eine wichtige Hilfestellung: wenn politische Legitimation nicht eine Gesellschaft gesamthaft umfasst und in ihrer internen Struktur nicht monistisch ist, dann lässt sich die Erkenntnis leichter fassen, dass erstens in der kosovarischen Gesellschaft offensichtlich zwei miteinander nicht in Verbindung stehende Legitimationsnarrative nebeneinander existieren (und existieren können) und dass zweitens diese beiden Narrative ihre Legitimationsquellen auf unterschiedlichen Ebenen haben. Ein dynamischer Legitimitätsbegriff vermag jedoch nicht zu erklären, weshalb sich diese für das Kosovo spezifischen Narrative entwickelt haben und weshalb sie sich auf getrennten gesellschaftlichen Ebenen etabliert haben – scheinbar ohne Berührungspunkte aufzuweisen. Um einer solchen Erklärung näher zu kommen ist es notwendig, zwei weitere Begriffe, jenen der Elite und jenen des Klientelismus, genauer zu klären.

Eliten sollen in Anlehnung an ENDRUWEIT (1979: 34) als eine Minderheit verstanden werden, welche durch Auslese zustande kommt und der Mehrheit überlegen ist. Die Auslese kann aufgrund von vertretenen Werten, angenommenen Funktionen oder angehäufter Macht erfolgen (vgl. SCHLUCHTER 1963). Klientelismus seinerseits bezeichnet ein informelles Machtverhältnis in Form einer personalen Beziehung zwischen Akteuren oder Gruppen von Akteuren, die zum beidseitigen Vorteil einen Tausch von Vergünstigungen vornehmen. Hier muss er aber nicht notwendigerweise vertikal verstanden werden, sondern kann in seiner horizontalen Ausprägung eben-

falls Vorteile für alle mit sich bringen, d.h. zwischen Mitgliedern der Elite und auch zwischen Elite und Nicht-Eliten (Vgl. SZELENYI/SZELENYI 1975).

Elite und Klientelismus ergänzen sich als Mechanismen. Während politische Eliten dazu tendieren, die Macht zu bündeln und demzufolge sie zu behalten, verteilen Klientelverhältnisse Nutzen derart, dass auch Nicht-Eliten Vorteile aus der Existenz von Eliten haben können. Politisch kann dies eingesetzt werden, damit die Nicht-Eliten die Legitimität (in einem empirischen Sinne) der Eliten anerkennen, die aus dem Klientelismus erhaltenen Vorteile als allgemeinwürdige Interessen darstellen (Ableitung der Legitimität der Eliten im normativen Sinne). Insofern garantieren Elitaverhältnisse die Stabilität der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung mit der Bündelung der Macht, also horizontal, und der Klientelismus den Einbezug der restlichen Bevölkerung in ein gegenseitiges Vorteilsverhältnis, also vertikal.

Die Ausführungen in diesem Abschnitt haben gezeigt, dass Legitimationsnarrative, Eliten und Klientelismus, begrifflich wie empirisch in einer engen Verbindung stehen. Die Vorstellung, dass politische Legitimität sich aus den de jure etablierten Institutionen – und allen voran der Verfassung, die sich eine Gesellschaft gegeben hat – entsteht erscheint aus dieser Perspektive als zu formal und zu statisch. Politische Legitimität ist vielmehr eine kollektiv-gesellschaftliche Konstruktion, die aus einer Reihe verschiedener Bedingungen speist. Um zu verstehen, weshalb sich im Kosovo mehrere Legitimationsnarrative auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen gleichzeitig durchgesetzt haben, ist es deshalb notwendig, sich die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen diese Legitimationsnarrative entstanden sind, genauer zu betrachten.

## 2.2. Kriegsnarrativ und der politische Aufstieg der UÇK

Heute bilden ehemalige UÇK-Angehörige sowie jene Vorkriegspolitiker, insofern als sie sich dem Kriegsnarrativ unterordnet haben, jene Elite, welche sich durch den Befreiungskampf normativ legitimiert und durch eine Vielzahl von Klientelverhältnissen empirisch bestätigen lässt, so die erste These dieses Artikels. Die Formierung dieser Elite soll nun skizziert werden (vgl. REUTER/CLEWING 2000, SCHMITT 2008).

Als serbische und jugoslawische Regierungen versuchten, die Autonomierechte der Provinz Kosovo zu beschneiden oder rückgängig zu machen, entwickelten sich in und um Prishtina zwei Arten von Freiheitsbewegungen: eine friedliche, welche die Ablösung der kommunistischen Liga durch eine kosovoalbanische Bewegung erreichen wollte, deren Anführer später der Schriftsteller Ibrahim RUGOVA werden sollte, und eine Gruppe, welche zu den Waffen greifen wollte und die Unabhängigkeit kämpferisch bewerkstelligen wollte. Es herrschte Konsens über die „Republikwürdigkeit“ des Kosovo und während der jugoslawischen Auflösung ebenfalls über die verdiente Unabhängigkeit des Landes.

Als sich die Lage in Serbien und im Kosovo 1997 zuspitzte und die Brutalität serbischer Aktionen flächendeckend im Kosovo bewusst wurden, konnte die lange vor sich hin dümpelnde UÇK einen großen Zulauf kampfwilliger und -begeisterter Menschen rekrutieren, welche sie später im Krieg 1999 einsetzen sollte. Mit der Intervention der NATO gegen Serbien, der de facto Loslösung des Kosovo aus Belgrads

Kontrolle und der weltweit überwiegend pro-albanischen Reaktionen feierte die UÇK die Ereignisse der Jahre 1997 bis 1999 als Sieg.

Sie stellte dabei die Geschichte narrativ als ein Kontinuum dar, das unweigerlich zum Krieg geführt hätte: die Auflösung des Tito-Staates, die Bestialität Miloševićs, der Mut und Opferwille der albanischen Soldaten, welche vom Ausland unterstützt wurden. Die kosovoalbanische Bevölkerung selbst wurde von der UÇK in vier Kategorien eingeteilt. Die Mitglieder der UÇK, Soldaten und Gefallene, waren die erste Gruppe. Dank ihr wurde das Land frei und nur wegen ihrer Bereitschaft konnte nun das Kosovo aus einem halben Jahrhundert lang andauernden Joch befreit werden. Die Kosovoalbaner in der Diaspora, welche die UÇK logistisch und finanziell unterstützen war die zweite Gruppe. Die zivile Bevölkerung im Inland, welche befreit wurde, war die Dritte. Die Diaspora, welche sich nicht an der Unterstützung der UÇK beteiligte, war die Vierte.

In diesem Sinne ist es selbstredend, dass die erste Gruppe Respekt und Dankbarkeit von anderen einforderte und darüber hinaus die Finanzierung ihres Lebens nach dem Krieg. Der nunmehr – aus ihrer Sicht – unabhängig werdende Staat hat eine moralische Verpflichtung, die Familien jener, welche im Namen der Freiheit gestorben sind (Märtyrer), jene, welche im Namen der Freiheit nachhaltigen Schaden erlitten (Invaliden) und jene, welche die Freiheit erkämpften (Veteranen), zu unterstützen. Die Rhetorik der UÇK basierte auf der Erfahrung erlittener Brutalität, auf die geschickte Darstellung des Krieges als unweigerlich und aus der Darstellung der Siegeskausalität. Daneben machten die Veteranen nicht immer sanft darauf aufmerksam, dass sie bereit wären, für ihre neuakquirierten Rechte zu kämpfen.

Streitigkeiten innerhalb der kosovarischen Parallel- und Exilregierung und zwischen ihr und der UÇK-Spitze führten dazu, erstens dass aus albanischer Perspektive eine Regierung nur möglich wurde, wenn alle Kräfte in ihr integriert sind und zweitens, dass das „zivile“ Regierungslager schwächer wurde als die diszipliniertere UÇK-Spitze. Die internationale Gemeinschaft setzte auf eine Teilung der exekutiven Kompetenzen mit der örtlichen Bevölkerung, also bezog sie die Vertreter des Kosovo in die Diskussionen über die Zukunft des Territoriums ein. Indem sie dies tat, führte sie zwei Spezifika ein, welche die kosovoalbanische Politik stark prägen sollten<sup>10</sup>.

Das erste Spezifikum ist die Anerkennung einer kosovoalbanischen Regierungsverantwortung. Freilich war diese als eine subsidiäre und unterhalb der UNMIK gedacht, nichtsdestotrotz konnte sie auf albanischer Seite als Erfolg und Bestätigung des UÇK-Sieges gewertet werden. Es stand nun die Frage im Vordergrund, welche Personen diese Verantwortung übernehmen konnten. Dabei standen zwei Strukturen zur Auswahl: Einerseits das sich selbst nennende „zivile Lager“ mit der Demokratischen Liga (LDK, später drei Parteien, LDK, LDD und AKR) und Rugova an der Spitze und den parallelen Institutionen des Vorkrieges; andererseits die politischen Nachfolgeorganisationen der UÇK, namentlich die PDK und die spätere AAK. Während erstere labil, undiszipliniert und aufgrund des Krieges personell, materiell und

10 Neueste Bücher bestätigen dieses Bild, so beispielsweise Jusuf BUXHOVI: *Kthesa historike* [Historische Wende]. Prishtina 2008. Und Uk LUSHI: *Shqiptaro-Amerikanet e UÇK-se* [US-Albaner in der UÇK]. Prishtina 2009.

symbolisch geschwächt war, konnten sich zweitens besser positionieren und den geforderten Lohn einholen. Die Schwächung der demokratischen Liga kam aus ihrer inneren Zersplitterung, der zum Teil ablehnenden Haltung dem offensichtlich erfolgreichen Krieg gegenüber und dem Paralysis der (städtischen) Elite ob der Tatsache, dass die „Krieger vom Dorf“ als staatspolitische Partner durch die europäischen Mächte anerkannt wurden. Trotzdem würde Rugova das Kosovo intellektuell als Präsident vertreten und die UÇK würde das Land operationell führen. So wurde Bajram REXHEPI zum ersten „Premierminister“. Damit waren möglichst große Teile der albanischen Bevölkerung in der Regierung vertreten und die UNMIK konnte auf die Unterstützung der bestorganisierten lokalen Institutionen zählen.

Das zweite Spezifikum ist eng mit dem ersten verbunden, bezieht sich aber auf die Deutung historischer Ereignisse. Der Krieg von 1999 wurde zum zentralen Ereignis der kosovoalbanischen Geschichte gemacht. Mehr oder weniger wiederholte sich hier das Erzählmuster des „Ende der Geschichte“: ein lange Zeit von einem widernatürlichen Unrechtsregime unterdrücktes Volk erlangte durch die totale Zerstörung der Vergangenheit nicht nur seine Freiheit, sondern eine neue historische Dimension. Alles, was vor dem Krieg geschah, konnte in seinem Lichte als Strömung zu einem Konvergenzpunkt gedeutet werden und alles, was nachher geschehen würde, konnte nur seinetwegen geschehen. Mit dem Kosovo als einer gedeuteten „Creatio ex nihilo“ fielen jene politische Ressourcen, welche vor dem Krieg existierten und funktionierten aus der Geschichtsdeutung und aus dem kollektiven Gedächtnis. Damit blieben der Krieg und die darin entwickelten Kulturen die einzigen politischen Ressourcen, welche in der Nachkriegsgesellschaft mobilisiert werden konnten, d.h. das „UÇK-Ethos“ wurde zum Ethos des neuen Staates.

Die Durchsetzung des UÇK-Ethos verlangt eine kurze Zwischenerklärung. Zu Beginn des UNMIK-Protektorats mussten die UN-Behörden ihre nicht demokratische sondern technokratische Macht legitimieren. Sie konnten es nicht durch den Krieg tun, denn dieser wurde – so die Sicht der Kosovaren – von der UÇK zusammen mit der NATO gewonnen. Die UNMIK, um erfolgreich funktionieren zu können, mussten die lokalen Akteure überzeugen, dass sie außer Lage waren, sich selbst zu verwalten und deshalb die internationale Vertretung brauchten. Das oben erwähnte Stichwort „creatio ex nihilo“ ist ein Legitimitätsvehikel auch für die UNMIK gewesen. Indem der Kosovo-albanischen Mehrheit eine Geschichte und historisch-eigene staatliche Strukturen aberkannt wurden, ließ sich die UN Behörde als erste und einzige Verwaltung legitimieren. Dies war der Nährboden, auf dem der UÇK-Ethos als Verkörperung des Kosovarischen gedieh. Wenn vorher nichts da war und nachher nur die UÇK, dann sind die Werte der UÇK die einzigen, die eine moralische Legitimierung haben.

Wie gelang es aber, das Kriegsnarrativ nachhaltig durchzusetzen? Nach dem Krieg war es nicht mehr möglich, der siegreichen UÇK beizutreten. Im Gegenteil, die Aufnahmeverfahren in die Veteranenorganisation wurden sehr selektiv konzipiert, denn neben dem eigenen Wort mussten zwei Zeugen die Verazität der Geschichte des Beitrittswilligen bestätigen. Die Zugehörigkeit zur UÇK beziehungsweise zu den Nachfolgeverbänden wurde zu einem Auslesekriterium und damit wurde diese Zugehörigkeit zum Vehikel für die Elitebildung.

Diese Elite verstand sich als Wert- und Aktionsgruppe, welche im Begriff war, ihre politische Macht zu konsolidieren und damit alle Dimensionen des Begriffes zu besetzen. Da die Auslesekriterien engmaschig genug waren, konnte ebenfalls die Konzentration des Nutzens gesichert werden. Damit jedoch die Elite von der breiten Bevölkerung als solche – als „Hüterin“ kosovarischer Werte wie Freiheit, Kämpfer-Ethos und Selbstaufgabe – anerkannt und respektiert sowie ihre Macht unhinterfragt bleiben konnte, musste sie einen Teil der realen Nutzen teilen, was wiederum zu Klientelverhältnissen führte. Diese Beziehungen liefen oft auf der regionalen Ebene indem mittlerweile zu Politikern umfunktionierte UÇK-Kämpfer mit der Erwartung konfrontiert werden, in Prishtina [Prishtinë/Priština] für ihre Heimatregion einzutreten. Umgekehrt erwarten diese Politiker die moralische Unterstützung sowie die Hochachtung ihres Kreises. Da dieses System zu funktionieren scheint, ergibt sich die Legitimität auf empirischer wie normativer Ebene.

Wo dies nicht gelang, haben ehemalige UÇK-Notabeln immer wieder gezeigt, dass sie durch Androhung von Widerstand und Gewalt in der Lage sind, ihre Ansprüche durchzusetzen und dass sie über den de jure Institutionen des „Staates Kosovo“ stehen, so beispielsweise Samit LUSHTAKU oder Rremi MUSTAFA. Die Institutionalisierung des Herrschaftsanspruchs der UÇK ist nicht immer reibungslos geschehen, sondern ehemalige UÇK-Kommandanten mussten ihren Weg an die gesellschaftliche Spitzen auch gegen den Widerstand der kosovarischen und internationalen Institutionen mit Machtdemonstrationen erzwingen. Dies zeigt aber auch, wie das neue Legitimitätsnarrativ immer noch von der Deutung des Krieges abhängig ist.

Den Stellenwert der ehemaligen UÇK-Kämpfer und ihrer politischen Anführer scheint im heutigen Kosovo gesichert. Ebenso scheint die Verpflichtung der Politiker, welche ehemals in der UÇK kämpften, den anderen Veteranen und ihren Heimatregionen gegeben zu sein. Damit akzeptieren breite Kreise diese Ordnung; sie leben damit und bestätigen sie, indem sie an Wahlen teilnehmen und die Angehörigen ihres Netzwerkes wählen, sich an den Prozessen beteiligen oder auch in Meinungsumfragen Regierung und Parlament loben. Die gewählten Vertreter ihrerseits sorgen für die Nutzenmaximierung ihres vertikalen und horizontalen Netzwerkes.

Freilich besteht nicht das gesamte Kosovo aus ehemaligen Angehörigen der UÇK und deren Sympathisanten, und freilich gab es bereits vor dem Kriege Menschen, welche in der Politik aktiv waren. Die heute weitgehend in den Parteien LDK, LDD und AKR politisierenden Personen, welche sich gerne und öffentlich „zivile Politik“ nennen, ordnen aber ebenfalls ihren Diskurs und ihre Legitimierung dem Kriegsnarrativ unter. Schon alleine dadurch, dass sie sich als Alternative zu den UÇK-Nachfolgeorganisationen positionieren, geben sie implizit zu, dass man sich nur im Verhältnis zum Krieg darstellen kann und nicht mittels anderer Narrative, beispielsweise mit einem liberalen, sozialdemokratischen oder konservativen Programm.

Das in diesem Teil des Artikels dargestellte Narrativ scheint die Gesamtheit der kosovarischen Staatsstruktur zu besetzen. Was auf dem ersten Blick nicht abzuweisen ist, ist auf einer näheren Betrachtung hin nur ein Phänomen neben einem anderen. Richtig ist, dass die Staatsmacht im Kosovo durch das Kriegsnarrativ bestimmt wird, doch auf sublokaler, dörflicher Ebene sind andere Strukturen maßgebend.

### 3. Bottom-up: das traditionelle Narrativ als Herausforderung<sup>11</sup>

In diesem Teil dieses Artikels ändern sich sowohl der Fokus wie auch die Methode der Untersuchung. Zum einen rücken die Beobachtungen der Vorgänge auf sublokaler Ebene in den Mittelpunkt, zum anderen werden aktuelle mündlich Zeugnisse als Erstquelle verwendet. Dies ist mit dem Fehlen von Dokumentationen zu den Vorgängen innerhalb der Municipalities zu erklären. Zum einen gibt es keine Zeugnisse aus jugoslawischer Zeit, weil die Zusammenfassung von Dörfern, sog. Katastralregionen, zu Großgemeinden bereits 1946 begann, zum anderen, weil es selbst in den Zeiten der Autonomie unter der UNMIK kaum Forschungsinteresse diesbezüglich gab. Außer wenigen Untersuchungen, welche die Dörfer meist als eine Erscheinung am Rande behandeln, gibt es keine Berichte der UNMIK, EULEX, OSCE oder der vielen im Kosovo tätigen Nichtregierungsorganisationen zum politischen Verhältnis zwischen den Dörfern und der Großgemeinde oder zur Politik in den Dörfern.

Eher eine Ausnahme ist der Artikel von Andrew TAYLOR "Electoral Systems and The Promotion of 'Consociationalism' in a Multi-Ethnic Society. The Kosovo Assembly Elections of November 2001" (2005), in dem sehr wohl Betrachtungen zur Rolle des Dorfes vorkommen. Er spiegelt die Ergebnisse der nationalen Wahlen an den Ergebnissen der Lokalwahlen im Jahr 2000 und versucht die These zu plausibilisieren, dass jene Lokalwahlen grosso modo eine Summe von Tendenzen in der Dörfern selber darstellten. Marcus BRAND erkannte die Bedeutung der Dorfebene ebenfalls in seinem Artikel "The Development of Kosovo Institutions and The Transition of Authority from UNMIK to Local Self-Government" (2003). In der zwar einzigen Passage zu diesem Verhältnis sagt er:

"In the immediate aftermath of the war and the massive return of Kosovo Albanians to their towns and villages, 'self-appointed' local structures, with the blessing of the UÇK, re-established the fundamental conditions for normal life on an emergency basis, i.e. infrastructure and services. Many Kosovo Albanians, who had been dismissed in the early 1990s, simply went back to their old work places. There was no uniform picture across Kosovo: in some places, local structures went as far as issuing car license plates (Gjakova), in others, the achievements and level of organization were much lower. Without the effective assistance and coordination by the central authority, UNMIK, these structures were, however, not able to emerge from their emergency stopgap nature. Since the 'self-appointed' mayors initially refused to recognize UNMIK's supreme authority and rather expressed their loyalty to Thaçi's PDK and his "Minister of Local Government", Ramë Buja, UNMIK was unable to officially recognize them and normalize its business on the local level. Humanitarian agencies took a more pragmatic approach and often worked with whomever there was to get things on a local level done, which often included the unofficial, 'self-appointed' local administrations. In some areas, such as in Peja region, the regional UNMIK approach was not to compete, but to cooperate with these structures, and thereby indirectly legitimize them. In doing so, UNMIK sometimes succeeded in including representatives from other parties and minorities in local structures" (BRAND 2003: 24).

11 Die in diesem Abschnitt vorgestellten Fallstudien fassen etwa 40 Gespräche über den Zeitraum eines Jahres im Jahr 2009–2010 zusammen. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes wird auf eine genaue Aufzählung der Gesprächspersonen verzichtet.

Besnik PULA untersuchte in seinem Artikel "The Emergence of The Kosovo 'Parallel State', 1988–1992" (2004) die Rolle der dörflichen Struktur im Erhalt und für das Funktionieren der albanischen Parallelgesellschaft im Kosovo. Er kommt darin zum Ergebnis, dass die stärksten Netzwerke jener auf der sublokalen (von der offiziellen Struktur aus gesehen), also Dorf-, Ebene waren. Nähere Verwandtschaften und historisches Zusammenleben von Familien auf Dorfebene haben es erleichtert, Institutionen aufzubauen und sie relativ geheim zu halten, indem man sie als bereits vorjugoslawisch-verankerte Dorfstrukturen tarnte (worauf sie vermutlich ebenfalls basierten). Der Kontakt zwischen Dorf und Region oder die nationale Vernetzung wurde durch gewisse ausgewählte Menschen – Vorstände – gewährleistet. Pula sieht im Kosovo-Krieg des Jahres 1999 gleichzeitig die Auflösung dieser Struktur. Die Rolle des Dorfes im Allgemeinen wurde in einem 1997 erschienenen Sammelwerk geschildert, „Das Dorf in Südosteuropa zwischen Tradition und Umbruch“, darin zeigen diverse Autoren auf, wie Dörfer sich zwar formell den Strukturen der modernen Staaten anpassen, doch ihr „Eigenleben“ beibehalten. Zu den Charakteristika dieses gehört die politische Lenkung fernab staatlicher Strukturen, was aufgrund jahrhundertelanger Staatsferne fest etabliert ist. Zu den Charakteristika dieses gehört die politische Lenkung fernab staatlicher Strukturen, was aufgrund jahrhundertelanger Staatsferne fest etabliert ist. Insbesondere SUNDHAUSSEN (GRIMM 1997) betont die dörfliche Struktur als Teil und Grund der „segmentären Gesellschaft“. Im gleichen Band untersucht ROTH den sozialen Wandel der dörflichen Strukturen nach dem zweiten Weltkrieg.

Im Folgenden wird anhand dreier Beispiele plausibilisiert, dass diese dörflichen Strukturen noch wirksam sind. In einem ersten Beispiel soll die formale Konsolidierung der „Dorfvorstände“ gezeigt werden. Diese wird dadurch erreicht, dass demokratische Wahlmechanismen gebraucht werden, um die Ernennung des Vorstandes zu kaschieren. In einem zweiten Beispiel soll angedeutet werden, wie die politische Gestaltungskraft des Dorfes trotz seines Mangels an rechtlichen Instrumenten in Erscheinung tritt. In einem letzten Beispiel geht es um die Kontinuität der Entscheidungsfindung im Dorf von jugoslawischer Zeit zum UNMIK-Protectorat zur jetzigen Unabhängigkeit.

### 3.1. Mushtisht

Mushtisht ist ein Dorf im südlichen Teil des Kosovo, etwa 60 km südwestlich Prishtinas und etwa 4 km westlich von Suharekë<sup>12</sup>, der Municipality, der es angehört. Informellen Angaben zufolge hat Mushtisht etwa 300 Familien oder 4000 Einwohner; vor dem Krieg zählte das Dorf etwa 100 serbische Familien und hat bis heute eine

12 Das im Kosovo übliche Albanische nennt eine Stadt „Qytet“; da Suhareka mit seinen geschätzten 40.000 Einwohnern keine Stadt ist, sondern eine kleine Stadt, wird es „Qyteza“ genannt. Die Municipality wird „Komuna“, das Dorf als Katastralregion „Lokalitet“ genannt. „Fshat“, das albanische Wort für Dorf, findet in den offiziellen Dokumenten keine Verwendung – „Katund“ meint Dorf umgangssprachlich. Für die größere geographische Region kennt das Albanische den Ausdruck „Rajon“, der im Kosovo ebenfalls verwendet wird. „Rajoni“ haben allerdings keine rechtliche oder praktische Bedeutung.

orthodoxe Kirche (zusätzlich eine zerstörte und zwei verlassene Klöster). Das Dorf selber soll eines der ältesten Siedlungsgebiete im Kosovo sein und viele lokale Geschichten nehmen angeblich Bezug auf diese ehrwürdige Vergangenheit. Das Dorf wollte sich als Kandidat für die Dezentralisierung positionieren, d.h. wollte den Status einer eigenen Municipality erhalten, doch ihm wurde Junik bevorzugt, weil es als geeigneter erachtet wurde, Institutionen zu implementieren.

Mushtisht hat einen Dorfvorstand bestehend aus elf Mitgliedern, in dem seit der Konstituierung der Parteien im Kosovo die PDK über eine Mehrheit verfügt, was auffallend anders ist als die umliegenden Dörfer mit einer LDK Mehrheit. Dieser Vorstand wurde alle zwei und wird seit 2009 alle vier Jahre gewählt. Es ist bereits verschiedentlich betont worden, dass es im Kosovo gesetzlich keine Dorfebene gibt, demzufolge existieren ebenfalls keine prozessualen Vorgaben zur Wahl, genauer gesagt, de jure existieren keine Wahlen auf Dorfebene und kein Dorfvorstand. Nichts desto trotz supervenieren seine „Wahlen“ auf die gesetzlichen Lokalwahlen.

Die Parteien, welche ihre Kandidatenlisten für die Municipalities aufstellen, achten traditionell und wahltaktisch auf eine Verteilung der Kandidaten gemäß den Dörfern. Üblicherweise portieren Parteien Kandidaten und Suppleanten, welche bei einem allfälligen Ausfall der Hauptkandidaten ihre Stelle einnehmen. Im Dorf Mushtisht haben einige aus dem Dorf stammenden Hauptkandidaten kein Interesse, dem lokalen Rat der Municipality beizutreten, wenn sie wahlarithmetisch gewinnen. Die meist zusammen gewählten Kandidaten bleiben im Dorf als Dorfvorstände und ihre Suppleanten nehmen ihren Platz im Rat ein. Damit „sitzt“ das Wahlprozedere für die Dorfstruktur auf demjenigen der offiziellen lokalen Instanz. Die Anpassung erfolgt, indem die „gewählten“ Vertreter ihre Wahl nicht annehmen.

Die sich hier anschließende Frage ist, warum die Parteien jene Leute aufstellen, von denen sie wissen können, dass sie die Wahl nicht annehmen werden. Damit verbunden ist eine weitere Frage, nämlich warum Dörfer keine eigenständige Wahl für ihre Organe portieren. Parteien stellen ihre Kandidaten so auf, dass sie unter den lokal bedeutenden Familien „Stammplätze“ vergeben. Es ist jedoch allen im Dorf und von Anfang an klar, dass die Kandidaten der auf Familien fest verteilten Plätze für den Dorfvorstand kandidieren und dass ihre Suppleanten in den Rat der Municipality kämen. D.h. der Prozess für die Aufstellung dieser Kandidaten ist nicht der übliche, demokratische, sondern folgt lokalen Bräuchen, wie Familienzugehörigkeit, den Stellenwert innerhalb der Familie und so weiter.

Trotzdem hat dies für Parteien seine Vorteile: Zum einen sichern sie sich die Unterstützung der lokal bedeutenden Netzwerke, was im Grunde genommen auch als Indiz für den kleineren Einfluss der UÇK auf dieser Ebene der Politik genommen werden kann. Zum anderen erhöhen die Parteien dadurch ihre Einflussosphäre. Dies kann auf zwei Arten passieren. Einerseits sind sich die Parteien dessen bewusst, dass ihre auf das Kriegsnarrativ ausgelegte Legitimation auf dörflicher Ebene keine Gültigkeit besitzt und versuchen sich die Legitimation dadurch zu geben, dass sie anerkannte – auf Dorfebenen legitimen – Strukturen unterstützen und darin indirekt Mitsprache haben. Andererseits funktionieren Dorfvorstände als Hebel, lokal Einfluss auszuüben. Falls es einer Partei gelingt, in einem Dorfvorstand eine Mehrheit zu haben, welche nicht der Mehrheit im Rat der Municipality entspricht, hat sie mehr Gestaltungs- und Profilierungsmöglichkeiten. In Suharekë ist die LDK führend, in

Mushtisht hingegen die PDK. Auch wenn der Dorfvorstand von Mushtisht de jure inexistent ist, wird er vom jeweiligen Bürgermeister von Suharekë regelmäßig konsultiert und muss in der Praxis zustimmen, falls Projekte Mushtisht direkt betreffen. Indirekt hat damit die PDK einen bestimmten Einfluss, den sie ohne den Dorfvorstand nicht hätte.

### 3.2. Rastavica

Was können aber diese Vorstände bewirken? Die lokale Macht von Dorfvorständen soll am Beispiel von Rastavica<sup>13</sup> illustriert werden. Das Dorf liegt im westlichen Kosovo zwischen Deçan/Dečani und Gjakova/Đakovica und hat etwa 5000 Einwohner. Als die Municipality Junik im Jahre 2005 neu gegründet bzw. wieder instituiert wurde, sah der UNMIK-OSZE Plan vor, Rastavica dieser neuen Municipality zuzuteilen. Dagegen regte sich lokaler Widerstand, denn Rastavica wollte weiterhin der Municipality Deçan angehören. Die Begründung dieses Wunsches – bessere Verkehrsanbindung; Deçan sei eine etablierte Municipality mit funktionierenden Strukturen; die Gesundheits- und Schulversorgung von Decan seien besser; Anpassungen seien Transaktionsverluste; und viele mehr – sind für den Gegenstand dieser Untersuchung nicht von primärem Interesse. Erwähnenswert ist jedoch die regionale Parteienlandschaft: In Junik hat die LDK einen Vorsprung, doch die AAK stellt die Mehrheit im Dorfvorstand von Rastavica. Diese AAK Mehrheit hat sich um die Vertretung des Dorfes im Ansinnen in der AAK regierten Deçan zu verbleiben gekümmert – allerdings, wie stets betont wird, im Einvernehmen mit den anderen Gruppierungen, inklusive den LDK-Vertretern. Ohne hier eine Kausalität zu implizieren, kann dies als Indiz für die oben vertretene Erklärung interpretiert werden, dass Dorfvorstände ebenfalls im Interesse der Parteien sein können, um lokal ihre Hebel anzusetzen. Aber es zeigt vor allem auf, dass Dorfvorstände zunächst die Interessen ihrer Dörfer vertreten, auch wenn sie den Interessen ihrer Parteien entgegen gehen, denn den LDK-Vertretern von Rastavica war das Verbleiben in Deçan ebenso wichtig wie den AAK-Dorfvorständen.

Rastavica zeigt exemplarisch auf, wie Dörfer und ihre Vorstände, auch ohne formell einen Status zu haben, Macht ausüben können, denn es ist dem Dorf gelungen, nicht in Junik eingemeindet zu werden, sondern in Deçan zu verbleiben. Das heisst, die offiziellen Strukturen mussten den Wunsch einer realen Organisationseinheit erfüllen, ohne dass diese prozessual die Möglichkeit hatte, jenen Wunsch zu äußern. Rastavica hatte nämlich in Aussicht gestellt, mit Junik nicht zu kollaborieren, d.h. seine öffentlichen Angestellten nicht zu respektieren, ihnen den Zutritt zu öffentlichen Gebäuden zu verwehren, Direktiven und Projekte aus Junik zu blockieren, inoffiziell mit Deçan zusammenzuarbeiten und so weiter. Hier handelt es sich nicht um den zivilen Ungehorsam, insofern als dieser in Manifestationen und symbolischen Aktionen gezeigt werden könnte. Hier geht es um hoheitliche Akte, welche das Selbstverständnis von den in Rastavica vorhandenen Institutionen spiegeln.

13 OSCE, Municipality Profile JUNIK, 2009, unter <[http://www.osce.org/documents/mik/2009/07/38597\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/mik/2009/07/38597_en.pdf)>, 26.12.2009.

Der Dorfvorstand hatte ausdrücklich mit Maßnahmen gedroht, welche seine eigene Institutionalität gegen jene Juniks betonen. Es ging ausdrücklich um die öffentlichen Angestellten und Bauten und um den Austausch exekutiver Daten und eben nicht um eine Bürgergruppierung, welche ihr Recht durchsetzen möchte. Es scheint auf den ersten Blick sonderbar, dass eine de jure nicht existierende Einheit droht, einen exekutiven Dialog einzustellen. Entweder handelt es sich um einen Bluff oder sie hat tatsächlich realiter gewisse exekutive Kompetenzen. Ebenso sonderbar scheint die Drohung, Direktiven und Projekte zu blockieren, denn das Dorf verfügt über keine formale Mittel, diese Drohung wahrzumachen. Und trotzdem haben das International Civilian Office, die OSZE, die UNMIK und das für die Dezentralisierung zuständige Ministerium die Aktionen des Dorfes ernst genommen und akzeptiert, dass es in der Lage ist, exekutive Macht auszuüben. Dem Dorfvorstand ist reale exekutive Gewalt eingeräumt worden. Mehr noch: Dem Dorfvorstand wurde territoriale Exklusivität über sein Herrschaftsgebiet und bis zu einem gewissen Grad auch Subsidiarität in der Entscheidungsfindung eingeräumt. So ergibt sich die Bedeutung dieser Entscheidung nicht nur gegen „unten“ – also als exekutive Gewalt über die beherrschten Teile der Gesellschaft – sondern auch nach „oben“ – im Sinne einer zumindest impliziten Auswirkung auf die staatsrechtlichen Beziehungen zwischen den territorialen Einheiten des kosovarischen Staates.

Gegen die Erklärung eines zivilen Ungehorsams spricht auch die Tatsache, dass sich der Dorfvorstand von Rastavica als solcher und im Namen der Einwohner verstand. Neben seinen Aktionen kam es zu keinen anderen Formen von Kundgebungen und seine Entscheidungsfindung bezog alle ein, die darin Sitz hatten. Daran sind wiederum zwei Charakteristika abzulesen. Erstens versteht sich der Dorfvorstand als ein Repräsentationsorgan des gesamten Dorfes und scheint einen gewissen Anspruch zu haben, alleine das Dorf zu vertreten (oder: das Dorf scheint den Vorstand als Alleinvertretung zu akzeptieren). Zweitens versteht sich dieser Vorstand als Institution, denn seine Entscheidungen sind in seinem Plenum diskutiert und „kollegial“ getroffen worden, d.h. es gibt Regeln für das Funktionieren dieses Organs und seine Mitglieder halten sich an diese Regeln. Freilich sind diese Regeln Einübung und Tradition, doch gerade deswegen länger in Praxis und Geltung als die neuen Regelungen und Statuten des kosovarischen Staates oder der internationalen Präsenzen.

Auf die Frage hin, warum sich diese Dorfvorstände durchsetzen können, auch wenn sie de jure inexistent sind, stößt man immer wieder auf die Antwort „weil sie schon immer da waren“ oder „weil es schon immer so war“. Diese Frage ist in Junik und Rastavica besonders trickreich, denn Junik war zwischen 1945 und 1962 bereits eine Municipality und Rastavica ein Dorf darin. Die Bewohner des Dorfes antworten stets, der Vorstand wäre damals schon gegen die Eingemeindung gewesen. Entweder ist diese Antwort eine idealtypische Rekonstruktion der eigenen Geschichte oder sie deutet darauf hin, dass es bereits vor 1945 einen Vorstand gegeben hätte. Die Daten aus Rastavica lassen beide Möglichkeiten offen.

### 3.3. Sopina

In Sopina hingegen, einem Dorf, das etwa 2 km von Suharekë<sup>14</sup> entfernt ist, ist die lokale Bevölkerung der Überzeugung, der Dorfvorstand sei bereits in osmanischer Zeit eine Institution gewesen. Sopina ist das dritte hier behandelte Beispiel und soll aufzeigen, dass diese Strukturen in einer historischen Kontinuität stehen, welche die nationale Ebene nicht ohne Zäsuren hat.

Sopina hat etwa 2000 Einwohner und einen Dorfvorstand bestehend aus fünf Personen. Das Dorf gehört zur Municipality Suharekë und hat ebenfalls eine Mehrheit der LDK. Unter den vielen bedeutenden Familien des Dorfes scheint die Familie KRYEZIU eine besondere Rolle einzunehmen: ihr wird nachgesagt, bereits zu osmanischen Zeiten und seither ununterbrochen einen Sitz im Dorfvorstand gehabt zu haben. Die gleiche Familie soll zu jugoslawischen Zeiten wichtige Abgeordnete im Provinzparlament gehabt haben und während der albanischen Parallelgesellschaft sowohl die Kontakte zu anderen Dörfern, wie auch das parallele Schulsystem in Sopina verwaltet haben. Nach dem Krieg büßte die Familie Teile ihrer Macht ein, denn sie verlor ihre „ständige“ Vertretung im Parlament in Prishtina (auch wenn ein entfernter Verwandter Bürgermeister von Prizren war und auch ins nationale Parlament gewählt wurde). Auf die Frage nach dem Grund dieser Einbuße, werden zwei Antworten gegeben: zum einen ist die Familie der LDK loyal geblieben und zum anderen distanzieren sie sich ausdrücklich vom UÇK-Mythos. Freilich bleibt die Familie Kryeziu im Dorf Sopina ein wichtiger Gestalter politischen Willens.

Anhand dieses Beispiels können verschiedene Facetten sublokaler Verwaltung erläutert werden, sowie die These dieses Artikels nochmals zusammengefasst werden. Geht man von der Annahme aus, komplexe Familien wären bis in die 1980er primäre Netzwerke in weiten Teilen des Kosovo gewesen, kommt man zur Frage, wie sich diese koordiniert haben; denn in einem Dorf würden mehrere solche Familien leben. Die Institution des Ältestenrats ist sowohl in Albanien, wie auch in anderen „ethnisch“ albanisch bevölkerten Gebieten gängig, weil dieser Rat zwei Probleme aufs Mal beheben konnte. Einerseits schaffte er die nötige Aufteilung von Aufgaben und Koordination, somit auch Frieden, auf lokaler oder dörflicher Ebene. Andererseits schaffte es Ordnung dort, wo die Absenz staatlicher Institutionen zur Normalität gehörte. Im Laufe seiner byzantinischen, südslawischen, ottomanischen und jugoslawischen Geschichte ist Regierungsferne ein in unterschiedlichen Intensitäten konstantes Merkmal im Kosovo; die spätyugoslawischen, serbischen und UNMIK-unab-

14 Suhareka selbst könnte nach den Lokalwahlen vom 15. November 2009 als weiteres Beispiel dienen. Dort wurde nach der Ausscheidungswahl Blerim KUÇI – im Übrigen mit der oben genannten Familie KRYEZIU anverwandt – für die AAK zum Bürgermeister gewählt. Dieser trat im Jahre 2003 von seinem Amt als Innenminister zurück als bekannt wurde, dass er als Kommandant seine UÇK-Formation zum Rückzug befehligte. Dieser Nachricht „entehrte“ ihn öffentlich, und seine damalige Partei – LDK – legte ihm nahe, zurückzutreten. Seine Wahl zum Bürgermeister der Municipality Suhareka ist jedoch kein „Comeback“, denn er selbst gibt sich keine Chancen auf nationaler Ebene. Es ist also möglich, in der lokalen Politik einen großen Erfolg zu haben – seine Wahl wird als solcher gewertet – und trotzdem nicht fähig sein, sich national zu etablieren. Dieses zeigt auf, dass jeweils ein anderes Narrativ die Deutung der Ereignisse bestimmt.

hängigen Strukturen sind zu neu, um historisch gewachsene Muster schnell zu verändern. Zu diesem Muster gehören unter anderem Dorf- oder Ältestenräte, welche sich die neue Form von Dorfvorständen geben.

In Zeiten der Regierungsferne konnten diese Dorfvorstände ihre Dörfer ordnen und untereinander vernetzen, so dass es zu einer „kosovoweiten“ Interaktion von „Notabeln“ kam. Auf diesem Netz waren auch die ersten nationalen Selbstbestimmungsinstitutionen aufgebaut, so die Liga von Prizren und später die albanische „Parallelgesellschaft“ und die LDK. Die Regierung Milošević, der Kosovo-Krieg und das UNMIK-Protectorat haben diese „nationalen“ Netze von „Notabeln“ zerschlagen, doch auf lokaler Ebene sind sie nicht aufgrund des Krieges zusammengebrochen. Dies erklärt einerseits, warum ein vollkommen neues Netzwerk, die UÇK-Veteranen, auf nationaler Ebene bedeutend wurde und andererseits, warum sie sich nicht auf regionaler Ebene etablieren konnten<sup>15</sup>.

Der Verlust von Einflussmöglichkeiten der Familie Kryeziu auf nationaler Ebene ist so zu erklären, dass ihre Netzwerke, nämlich die „Notabeln“, nach dem Krieg bis auf dörflicher Ebene – wo die Familie immer noch bedeutsam ist – sich faktisch auflösten. Die Familie Kryeziu wurde von der nationalen Ebene ausgeschlossen, weil statt die neuen Realitäten zu akzeptieren, sie immer noch versuchte, innerhalb der LDK den Flügel zu stärken, der sich nicht dem Kriegsnarrativ unterordnen wollte. Mit dem Zusammenbruch eines Referenznetzwerks für das „Notabeln-Ethos“ verschwand auch der Boden des Einflusses der Familie Kryeziu kosovoweit; trotzdem bleibt lokal ihr Einfluss ungebrochen.

#### 4. Kosovo: die Konkurrenz zweier Narrative?

Eine Zäsur: In einer Untersuchung der USAID (2006) sind verschiedene Länder Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens bezüglich ihren ökonomischen und demokratischen Reformen verglichen worden. In einer Skala von 1 bis 5 mit der EU mit 5/5 (ökonomische Reform / demokratische Reform) als Benchmark, zeigen die Ergebnisse eine starke Korrelation beider Reformen. Die entsprechenden Länderclusters schnitten so ab, dass sie jeweils eng beieinander lagen, mit dem nördlichen Osteuropa um 4/4; dem südlichen Osteuropa um 3/3,5, den eurasischen Ländern um 3/2 und den nicht-reformwilligen Ländern (Usbekistan, Weißrussland und Turkmenistan) um 1,5/2. Das Kosovo ist die einzige Ausnahme als es außerhalb seines Clusters mit unterdurchschnittlichen Werten sowohl im Vergleich zu seinem Ländercluster wie auch zu allen untersuchten Staaten fällt. Bezüglich ökonomischer Reformen teilt sich Prishtina den drittletzten Platz mit Usbekistan vor Weißrussland und Turkmenistan. Bezüglich der Demokratisierung gehört das Kosovo zum Mittelmaß der eurasischen Gruppe vor Aserbaidshan und Russland aber hinter Moldawien, Armenien oder Georgien und hinter alle Länder des südlichen Osteuropa, seines Clusters.

15 Die Region Drenica (alb./serb.) ist keine Ausnahme. Die UÇK ging aus den dortigen lokalen Netzwerken hervor, welche nicht anders sind als die im Laufe dieses Artikels beschrieben. Die Besonderheit ist, dass das lokale Netzwerk weiterhin „Notabeln“ landesweit tätig hat.

Was sagen solche Untersuchungen aus und welche Relevanz haben die hier vertretenen Thesen in ihrem Zusammenhang? Einerseits operieren solche Studien mit Begriffen, welche eine normative Kraft besitzen, andererseits versuchen sie, einen messbaren Grad an Demokratisierung darzustellen. Sie entfalten ebenfalls eine praktische Wirkung, indem sie durch ihre Resultate vorgeben, wie die entsprechende politische Arbeit stattfinden sollte. Diese konkrete Untersuchung gibt den USAID-Offiziellen Handlungsanweisungen, wie sie mit den öffentlichen Institutionen umgehen sollen. Im Kosovo sind die ermahnt, vorsichtig wegen Korruption zu sein und auf UÇK-Veteranen aufzupassen. USAID-Projekte sollten unter anderem mit der Unterstützung der ehemaligen Mitglieder der Befreiungsarmee durchgeführt werden und die Bevölkerung zur „interethnischen“ Entspannung animieren.

Unabhängig dieser USAID-Studien sind weitere Untersuchungen über die Demokratisierung maßgeblich für die dortige Verteilung von internationalen Krediten, Programmsubventionen, Aufbauhilfen und dergleichen. In diesem Artikel wird suggeriert, dass die Vorstellung einer messbaren Demokratisierung im Kosovo eine sehr schwierige ist, die nicht nur Abstraktion verlangt, sondern auch die Ausblendung lokaler Gegebenheiten. Ohne die hier angesprochenen Zusammenhänge als albanische oder kosovarische Exklusivität darstellen zu wollen, legen die hier vertretenen Thesen den Schluss nahe, Demokratie sei nicht das beste Erklärungsmodell für die politische Landschaft des Kosovo.

Für die im Kosovo tätigen internationalen Präsenzen hat dies zur Konsequenz, dass sie nicht allgemeine Modelle – beispielsweise ökonomische Reform und Demokratisierung – auf das Land projizieren können und daraus Handlungsanweisungen ableiten können. Spezifika sollen berücksichtigt werden, weil jene Legitimierungsnarrative, die nach außen hin präsentiert werden vielleicht nicht real sind oder nach innen eine nur bedingte Geltung haben.

Weitestgehend können im Kosovo – zumindest hinsichtlich der Parallelität beider Narrative – Elemente einer segmentären Gesellschaft beobachtet werden. Segmentäre Gesellschaft bezeichnet eine Gesellschaft ohne zentrale politische Instanzen, deren soziopolitische Struktur von unilinearen Abstammungsgruppen geprägt ist. Solche Gesellschaften bestehen gemäß der Theorie in einer Anzahl von tendenziell gleichartigen und gleichrangigen Segmenten, die über Lineages organisiert sind und weiter in Subsegmente unterteilt sein können; neben diesen auf Abstammung und Verwandtschaft basierenden Segmenten können auch Gruppen verschiedener Größenordnung auf religiös-kultischer oder territorialer (Dorf-)Basis bestehen. Dieses Prinzip der Verschachtelung von Segmenten gewährleistet die weitgehende Selbstregulierung von Kooperations- und Konfliktbeziehungen ohne eine dauerhafte zentrale politische Autorität. Dies ermöglicht die größtmögliche Flexibilität und Dezentralisierung der politischen Organisation. Auf diese Weise können auch größere Gesellschaften akephal funktionieren, entgegen der früheren Annahme, dass nur kleine Gruppen „herrschaftslos“ sein könnten.

Dennoch schaffen die hier beschriebenen Legitimierungsnarrative eine politische Ordnung, die – zumindest auf der dörflichen Ebene – dem eigentlichen Sinn des Wortes gerecht wird. Auch wenn den politischen Würdenträgern im Dorf die rechtsstaatliche (und damit im Weber'schen Sinne rationale) Legitimität fehlt, so scheint ihr Anspruch an politische Herrschaft weitgehend akzeptiert. Das Kriterium, welches im

Zentrum jedes empirischen Legitimitätsbegriffes steht, erscheint damit erfüllt zu sein. Was in der politischen Landschaft des Kosovo fehlt, ist das Bindeglied zwischen den politischen Sphären, in denen die hier beschriebenen Narrative ihre legitimierende Wirkung erzeugen. In diesem Sinne stehen die beiden Narrative auch nicht in direkter Konkurrenz zu einander. Die beiden Sphären bleiben getrennt, so wie die beiden Legitimationsnarrative keine Überschneidungspunkte aufweisen. Ohne ein narratives Bindeglied zwischen den Sphären dürfte dies auch so bleiben.

Ob ein solches Bindeglied entstehen wird, oder ob eines der beiden Narrative seine legitimierende Wirkung in der Zukunft verlieren wird, hängt davon ab, wie sich das eigentlich konkurrenzierende Legitimationsnarrativ – jenes des demokratischen Rechtsstaates – neben jenem des Kriegshelden und dem Dörflichen durchsetzen kann. Heute erscheint dieses noch von der ehemaligen internationalen Verwaltung aufoktroziert und deshalb der politischen Landschaft des Kosovo nicht angepasst. Wie das Narrativ des Kriegshelden jedoch zeigt, können sich Ursachen politischer Legitimation schnell etablieren, wenn sie in der Lage sind, bestehende politische Strukturen zu verändern<sup>16</sup>.

### Bibliographie

- ANDREES, B. (2001): „Staatsauflösung und Kriegsfinanzen: Zur Rolle der Kriminalität im Kosovo Konflikt“. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 31 (124/3). 411–427.
- BAILEY, F. G. (1991): *The Prevalence of Deceit*. Ithaca: Cornell University Press.
- BRAND, M. (2003): *The Development of Kosovo Institutions and The Transition of Authority From UNMIK to Local Self-Government*. Prishtina, Geneva: Centre for Applied Studies in International Negotiations.
- BUXHOVIT, J. (2008): *Kthesa historike* [Historische Wende]. Prishtina: Koha.
- CANFIELD, R. (2007): „Trouble in Birglic“. In J. Sahadeo, R. Zanca (Hrsg.): *Everyday Life in Central Asia*. Bloomington und Indianapolis: Indiana University Press. 58–83.
- COICAUD, J. M. (2002): *Legitimacy and Politics*. Cambridge/UK: Cambridge University Press.
- CLARK, I. (2003): „Legitimacy in a Global Order“. *Review of International Studies* 29. 75–95.
- ENDRUWEIT, G. (1979): „Elitebegriffe in den Sozialwissenschaften“. *Zeitschrift für Politik* 26. 30–46.

16 Die „kollusive Lüge“ ist nicht mehr angesprochen worden. Man könnte sich die Frage hier durchaus noch einmal stellen, auch weil ihre Beantwortung nicht so klar ist. Wenn sich jemand einer kollusiven Lüge hingibt, sind es die Internationalen. Lokale Akteure scheinen sehr genau zu wissen, dass es unterschiedliche politische Sphären gibt und dass diese auch unterschiedlich genutzt werden können, um politische Ziele zu erreichen bzw. dass die nationale Ebene oft nicht so relevant ist, wie es von außen erscheinen mag. Außenstehende scheinen sich der zweigeteilten politischen Sphäre im Kosovo nicht bewusst zu sein. Das führt dazu, dass man sich an die falschen – da beinahe irrelevanten Institutionen z.B. Municipalities – wendet. Ein ganzes und für viele auch zentrales Projekt des kosovarischen „Institutionsbuilding“ – die Dezentralisierung – basiert auf der Idee, dass die Municipalities eine politische Rolle spielen könnten. Aufgrund unserer Argumentation muss hier jedoch davon ausgegangen werden, dass dies nur dann der Fall ist, wenn die Dörfer mit einbezogen werden.

- GASHI, S. (2010). „Dr. Rugova“. *Koha Ditore* (in Druck).
- GRIMM, F. D. (Hrsg.) (1997): *Das Dorf in Südosteuropa zwischen Tradition und Umbruch*. München: Südosteuropa-Institut.
- HABERMAS, J. (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- HABERMAS, J. (1992): *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- KNOLL, B. (2007): „Legitimacy and UN Administration of Territory“. *German Law Journal* 8/1. 39–56.
- LIPSET, S. (1960): *Soziologie der Demokratie*. Neuwied: Luchterhand.
- LUSHI, U. (2009): *Shqiptaro-Amerikanet e UÇK-se* [US-Albaner in der UÇK]. Prishtina: Rilindja.
- PULA, B. (2004): „The Emergence of The Kosovo ‘Parallel State’, 1988–1992“. *Nationalities Papers* 32. 797–826.
- RASTEGAR, C. (1981): „Federalism in Yugoslavia“. *Studies in Comparative Communism* 14/4. 361–362.
- REUTER, J.; CLEWING, K. (Hrsg.) (2000): *Der Kosovo-Konflikt*. Klagenfurt: Wieser.
- ROTH, K. (1997): „Soziokultureller Wandel im südosteuropäischen Dorf nach dem zweiten Weltkrieg“. In: F. D. Grimm (Hrsg.) (1997): *Das Dorf in Südosteuropa zwischen Tradition und Umbruch*. München: Südosteuropa-Institut. 64–75.
- SCHLUCHTER, W. (1963): „Der Elitebegriff als soziologische Kategorie“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 15. 233–256.
- SCHMITT, O. J. (2008): *Kosovo: Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*. Wien, Köln, Weimar: UTB.
- STROSCHEN, S. (2008): „Making or Breaking Kosovo: Applications of Dispersed State Control“. *Perspectives on Politics* 6. 655–674.
- SUNDHAUSSEN, H. (1997): „Vom Vor- zum Frühkapitalismus. Die Transformation des Dorfes und der Landwirtschaft im Balkanraum vom 19. Jahrhundert bis zum zweiten Weltkrieg“. In: F. D. Grimm (Hrsg.) (1997): *Das Dorf in Südosteuropa zwischen Tradition und Umbruch*. München: Südosteuropa-Institut. 29–48.
- SZELENYI, I.; SZELENYI, S. (1995): „Circulation and Reproduction of Elites During the Post-communist Transformation in Eastern Europe“. *Theory and Society* 24/5. 615–638.
- TANSEY, O. (2007): „Democratization Without a State: Democratic Regime-Building in Kosovo“. *Democratization* 14/3. 129–150.
- TANSEY, O. (2009): „Kosovo: Independence and Tutelage“. *Journal of Democracy* 20/2. 153–166.
- TAYLOR, A. (2005): „Electoral Systems and The Promotion of ‘Consociationalism’ in a Multi-Ethnic Society“. The Kosovo Assembly Elections of November 2001. *Electoral Studies* 24/3. 435–463.
- UKSHINI, S. (2001): *Kosova dhe Perëndimi* [Der Kosovo und der Westen]. Prishtina: Koha.
- USAID (Program Office Bureau for Europe & Eurasia) (2006): „Monitoring Country Progress in Eastern Europe & Eurasia“. *U.S. Agency for International Development Working Paper Series 2006/10*.
- WEBER, M. (1985 [1922]): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).